

# Gedämpft optimistisch



Eckhardt Wohlers

Lange Zeit schien es, als könnten Deutschland wie auch die anderen europäischen Länder den Auswirkungen der Krisen in Asien, Lateinamerika und Rußland erfolgreich Paroli bieten. Dämpfende Effekte im Export wurden durch eine stärkere Binnennachfrage großenteils wettgemacht, so daß die Konjunktur in der Grundtendenz deutlich aufwärtsgerichtet blieb. Die Situation am Arbeitsmarkt verbesserte sich spürbar; die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Laufe des Jahres merklich, und die Arbeitslosigkeit ging deutlich zurück. Inzwischen kann sich aber auch Deutschland der Verschlechterung der konjunkturellen Großwetterlage nicht mehr entziehen. Als Folge drastischer Einbußen im Asiengeschäft und sinkender Aufträge aus den anderen Krisenregionen hat die Ausfuhr seit dem Sommer deutlich an Schwung verloren. Die Verschlechterung der Exporterwartungen, die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und die damit einhergehende Furcht vor einer weltweiten Rezession haben überdies viele Unternehmen zu vorsichtigeren Dispositionen und zu einem Überdenken ihrer Investitionspläne veranlaßt. All das führte dazu, daß sich das Konjunkturklima in den letzten Monaten deutlich abkühlte.

Zwar gibt es Anzeichen dafür, daß sich in einigen Krisenländern die Lage zu stabilisieren beginnt. Auch hat sich nach den Zinssenkungen der amerikanischen Zentralbank die Situation an den internationalen Finanzmärkten etwas beruhigt. Gleichwohl bleiben erhebliche Risiken. Aber auch wenn sich die Lage in den Krisenregionen nicht weiter verschärfen sollte, wird Deutschland nicht ohne Blessuren davonkommen. So wird der Export weiter an Fahrt verlieren. Zwar ist der Anteil der einzelnen Krisenregionen an der deutschen Ausfuhr für sich genommen relativ gering, zusammengenommen ist aber immerhin ein Achtel des Exports betroffen. Als Folge der negativen Auswirkungen der Krisen auf Drittländer werden überdies auch die Ausfuhren in andere Regionen in Mitleidenschaft gezogen. Dies wird nur teilweise durch eine weiterhin lebhafte Nachfrage aus dem europäischen Raum aufgewogen. Auch hat sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter nach deutlicher Verbesserung in den vergangenen Jahren aufwertungsbedingt gegenüber Konkurrenten aus Asien – und zuletzt auch aus dem Dollarraum – wieder etwas verschlechtert.

Gestützt wird die Konjunktur von den günstigen monetären Rahmenbedingungen. Die Kapitalmarktzinsen sind im Gefolge der Krisen in Asien, Lateinamerika und Rußland und der Turbulenzen an den internationalen Aktienmärkten nochmals spürbar gesunken; in Deutschland beträgt die Umlaufrendite inzwischen nur noch etwa 4%. Eine Zinswende ist derzeit nicht in Sicht. Die kurzfristigen Zinsen werden in der EWU als Ganzes zunächst sogar nochmals leicht sinken, da die gemeinsame Geldpolitik Anfang nächsten Jahres mit einem „Einheitszins“ starten wird, der etwa dem niedrigen deutschen Zins entsprechen wird. Grund für eine Straffung der geldpolitischen Zügel durch die Europäische Zentralbank besteht schon wegen des anhaltend ruhigen Preisklimas in der EWU vorerst nicht; bei einer erneuten Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre sogar eine Lockerung zu erwarten. Vor diesem Hintergrund ist auch beim langfristigen Zins ein Anstieg vorerst wenig wahrscheinlich.

Insbesondere die weiterhin günstigen monetären Rahmenbedingungen sprechen dafür, daß sich die Belastungen durch die Folgen der Währungs- und Finanzkrisen in Deutschland in Grenzen halten werden. So gehen denn auch die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten davon aus, daß die Konjunktur aufwärtsgerichtet bleiben wird; sie erwarten lediglich eine temporäre „Delle“ im Winterhalbjahr. Insgesamt rechnen sie für 1999 mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,3%, nach 2,7% in diesem Jahr. Dabei wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Zahl der Arbeitslosen wird gleichwohl auch 1999 noch bei knapp 4,1 Millionen liegen.

Die neue Regierung hat den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit zu ihrem wichtigsten Ziel erklärt. Ihre finanzpolitischen Vorhaben sind allerdings auch in der jetzt vorliegenden Form wenig dazu angetan, in Euphorie zu verfallen. Zwar geht die geplante dreistufige Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer in die richtige Richtung. Der von den Instituten geforderte „mutige Schritt“ ist sie aber sicherlich nicht. In vielem bleibt sie hinter dem zurück, was wachstums- und beschäftigungspolitisch notwendig wäre. Die Nettoentlastung fällt mit knapp einem halben Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts relativ bescheiden aus; die dreistufige Steuerreform in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre brachte mit insgesamt rund 2¼% des Bruttoinlandsprodukts etwa das Fünffache an Entlastung. Auch ergibt sich hinsichtlich der Be- und Entlastungen eine „Schieflage“. Erleichterungen für die privaten Haushalte in der ersten Stufe der Steuerreform werden quasi von den Unternehmen „vorfinanziert“; eine allgemeine Entlastung ist erst in der dritten Stufe im Jahre 2002 vorgesehen.

Bei der geplanten Steuerreform haben überdies verteilungspolitische Aspekte großes Gewicht. So werden die Unternehmen bei der „Gegenfinanzierung“ weit stärker zur Kasse gebeten als die Arbeitnehmer. Dies ist sicherlich ebensowenig dazu angetan, die Investitions- und Einstellungsbereitschaft zu fördern, wie die beabsichtigte Rücknahme der Reformen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beim Kündigungsschutz. Von den steuerlichen Entlastungen für private Haushalte und der Erhöhung des Kindergeldes erhofft sich die Regierung bereits 1999 deutliche Impulse beim privaten Verbrauch. Ob damit aber auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, ist fraglich. Die Erfahrungen des Jahres 1996 stimmen eher pessimistisch. Damals kam es nicht zuletzt durch die Neufestsetzung des Existenzminimums zu einer kräftigen steuerlichen Entlastung auch bei den unteren Einkommen, die aber ohne nennenswerte Beschäftigungseffekte blieb. Die neue Regierung scheint im übrigen von ihren Maßnahmen kurzfristig selbst wenig zu erwarten; jedenfalls liegt ihre Wachstumsprognose für 1999 mit 2% noch unter der der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Der geplante Einstieg in die ökologische Steuerreform wird offenbar mehr und mehr zum Fehlstart. Zwar sollen die Sozialversicherungsbeiträge wie vorgesehen mit Beginn des kommenden Jahres gesenkt werden, gestritten wird aber weiterhin darum, in welchem Ausmaß das produzierende Gewerbe bzw. die besonders „energieintensiven“ Branchen mit Energiesteuern belastet werden sollen. Die Schwierigkeiten resultieren nicht zuletzt daraus, daß von der geplanten Umfinanzierung von Sozialabgaben durch Energiesteuern allenfalls langfristig positive Beschäftigungseffekte zu erwarten sind. Kurzfristig können sich zunächst sogar dämpfende Einflüsse ergeben: bei den privaten Haushalten, wenn die Belastung durch höhere Energiesteuern stärker ausfällt als die Entlastung durch geringere Sozialversicherungsbeiträge, bei den Unternehmen, wenn die höheren Energiesteuern nicht entsprechend überwältigt werden können.

Große Hoffnungen setzt die neue Bundesregierung auf ein „Bündnis für Arbeit“. Ob damit die Beschäftigungssituation durchgreifend verbessert werden kann, erscheint aber mehr als zweifelhaft, schon weil die Tarifparteien zwar über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln können, nicht aber über die Höhe der Beschäftigung. Gespräche auf gesamtwirtschaftlicher Ebene unter Moderation des Staates können somit lediglich dazu dienen, die aus Sicht der Arbeitgeber und Gewerkschaften notwendigen Schritte zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu diskutieren und Möglichkeiten für eine größere Flexibilität und Vereinfachung des bestehenden Tarifsystems auszuloten. Es macht auch wenig Sinn, bei solchen Gesprächen bestimmte Themen oder Bereiche von vornherein auszuschließen oder sie mit Forderungen vorzubelasten. Sonst erleiden sie das gleiche Schicksal wie Versuche ähnlicher Art in der Vergangenheit – sie gehen aus wie das Hornberger Schießen.